

Die **Vollstimm** erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt):
 Fr. Hagelweide, Magdeburg.
 Für den Inseratenteil:
 Carl Pantau, Magdeburg.
 Verlag von B. Sarbaum, Magdeburg-Neustadt.
 Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
 Druck von E. Arnoldt, Magdeburg

Vollstimm

Prämumerando zahlbar
 Abonnementspreis:
 Vierteljähr. inkl. Postgebühren 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
 In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
 Bei den Postanstalten 2,50 Mk. erll. Bestellgeld.
 Einzelne Nummern 5 Pf.
 Sonntags-Nummer 10 Pf.
 Zeitungsliste Nr. 7242
 Infektionsgebühr 15 Pf.
 Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der **Vollstimm**: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 132. Magdeburg, Dienstag, den 9. Juni 1896 7. Jahrgang.

Rückständige Proletarier.

Unaufhaltsam in seinem Siegeslauf erobert sich der Sozialismus von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde immer mehr und mehr die Welt; die große Masse des Proletariats entsendet, der Not gehorchend oder dem eigenen Triebe, immer neue Kontingente zu dem gewaltigen Heer der Sozialdemokratie.

Je mehr aber die Heerscharen des politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats anwachsen, desto intensiver werden bei den einzelnen aber auch die Hoffnung und die Erwartung, durch die Sozialdemokratie aus dem äußersten wirtschaftlichen und politischen Elende herauszukommen, hineinzugelangen in die sozialistische Gesellschaft.

Da geht es denn vielen, sehr vielen nicht rasch genug, und man darf, ohne gerade an Illusionen zu denken, zweifellos mit Recht sagen, daß manches auf dem weiten Gebiet der Arbeiterbewegung besser sein könnte. Der Indifferentismus spielt leider in den werktätigen Schichten der Menschheit noch eine viel zu große Rolle.

Hauptsächlich sind es zwei Umstände, welche das Proletariat in den Banden der lethargie und der Gleichgültigkeit gefesselt haben.

Das allzugroße, entnerbende Elend, unter welchem das werktätige Volk in sehr vielen Gegenden und in einzelnen Berufsarten leidet, einerseits und der Stolz auf das vermeintlich bessere Los, welches einzelnen Kategorien der arbeitenden Bevölkerung anscheinend noch beschieden ist, andererseits.

Die Erfahrung, welche beispielsweise bei den Erhebungen über die Lage der Bäckerei-Arbeiter und der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie gemacht wurden, haben es unwiderleglich dargelegt, daß übermäßig lange Arbeitszeit, niedriger Lohn und alle sonstigen menschenunwürdigen Arbeits- und Daseinsbedingungen den Proletarier untauglich machen, seine Würde zu wahren, seine traurige Lage klar zu erkennen.

Einem solchen Lohnsklaven bleibt eben knapp die Zeit zur Befriedigung seiner rein animalischen Bedürfnisse, zur Fortpflanzung seiner Gattung. Zu besseren und höheren Genüssen fehlt ihm die Mühe und leider auch infolge des harten Arbeitsjochs meistens die Fähigkeit.

So ist denn im Laufe der Zeit eine breite Schicht des arbeitenden Volkes zu rückständigen Proletariern geworden, denen die Anregung zur Teilnahme an dem großen Emanzipationskampfe unserer Tage von außen kommen muß.

Wer wollte so z. B. von den gehezten, überarbeiteten Bäckereiarbeitern verlangen, daß sie gleich dieselbe Thatsache, daselbe Geschick im politischen und gewerkschaftlichen Leben entwickeln wie ihre ungleich besser gestellten Schicksalsgenossen in den andern Berufsarten? Wer wollte ferner nach Phariseerkart mit den privilegierten Vätern der Ordnung und Moral in laute Entrüstung ausbrechen, wenn menschenunwürdig gestellte Proletarier in niedrigen Genüssen, dem Spiele, dem Trunke, dem tierischen, rein sinnlichen Geschlechtsverkehre, Zerstreuung und Vergessenheit suchen!

Da ist es vielmehr die Ehrenpflicht aller besser gestellten Proletarier, diese rückständigen aufzuklären, sie für die völkerverfreiende, weltzerlösende Sozialdemokratie zu gewinnen.

In diesem Sinne bleibt vornehmlich unter den Angehörigen in den Bäckereien, den Berg-, Hütten- und Ziegelerwerbungen noch unendlich viel zu thun. Namentlich das Elend der letzteren schreit gen Himmel, erscheint geradezu entsetzlich.

Wenn die rückständigen Proletarier obiger Schilderung das volle Mitleid verdienen, so könnte man doppelt leicht geneigt sein, über die zweite Kategorie der rückständigen und Indifferenten seinen vollen Zorn zu ergießen. Obwohl in Wirklichkeit nicht besser, vielleicht sogar schlechter gestellt, als ihre Schicksalsgenossen, dünken sie sich doch etwas Besseres und halten es mit ihrer Würde nicht vereinbar, sich dem großen Heere des um seine Befreiung ringenden Proletariats anzuschließen.

Zum Glück für die allgemeine Arbeiterbewegung wird die Anzahl dieser Leute von Tag zu Tag geringer, und ihr Einfluß und ihre Bedeutung nehmen in demselben Maße ab, wie die breiten Schichten des werktätigen Volkes zur Erkenntnis ihres Wertes, ihrer Macht kommen.

Die Zeiten sind vorbei, in welchen der hartsharrende Mann in der Arbeiterbluse zu dem Handlungshilfen, dem Amtsschreiber, dem Schulmeister, kurzum all den Elementen, welche man heutzutage mit dem postnamenen, papierne Tagelöhner wegen ihrer Selbstverherrlichung bezeichnet, ehrfurchtsvoll emporschaute.

Für den Arbeiter, den „Proletarier der Faust“, hat er für das liebe Brot Arbeitende nur so viel Ansehen und Geltung, als er, sich an dem Emanzipationskampfe

des Proletariats beteiligt, seine ganze Kraft in den Dienst der Propaganda für die sozialdemokratische Idee stellt. Dem Glücke der Bächerlichkeit verfällt derjenige, welcher selbst proletarischer Bohnsklave, auf das werktätige Volk nasenrumpfend herabsieht.

Trotz alledem bleiben diese Elemente ein Hemmschuh für den rascheren Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung und es ist daher auch mit Freuden zu begrüßen, wenn neuerdings bei ihnen eine entschiedene Wendung zum Besseren Platz gegriffen hat.

Wie die wirkliche Bildung frei macht, so sind es gerade Angehörige akademischer Kreise, welche sich opferfreudig, alle falsche Scham überwindend, in den Dienst des Proletariats gestellt haben. Schlimmer steht die Sache schon bei den sogenannten „jungen Kaufleuten“, den Ausbeutungsobjekten der Industrie- und Handelswelt. Langsam, Schritt vor Schritt muß hier im Kampfe mit dem alten Dünkel der Boden gewonnen werden; aber, wie jede ernste Anstrengung, zeitigt auch hier die Agitation schöne Erfolge, trotz aller Gegenbemühungen des Manchesterturns.

Stündlich vergrößert sich das Heer der „Proletarier der Feder“, welche Sturm gegen die Allgewalt des Kapitalismus laufen. Pflicht aller überzeugten Anhänger unserer neuen Weltanschauung ist es wiederum, die Kämpfenden zu unterstützen, die Indifferenten aufzurütteln, den Böswilligen aber die ganze Macht und das ganze Ansehen des klassenbewußten Proletariats fühlen zu lassen.

Bald darf es in der Proletarierwelt keine rückständigen mehr geben. Auf der ganzen Linie muß der Kampf gegen den Mammonismus, den Kapitalismus zum Heile der Menschheit entbrennen.

Politische und volkswirtschaftliche Ueberblick

Wegen eines **Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie**, das er am 1. Mai ausgebracht hat, wurde der Cigarrenmacher Otto Broeische am 2. Juni vom Schöffengericht zu Mühlhausen i. Thür. zu 10 Mark bzw. 2 Tagen Haft verurteilt. Dieser an sich nicht mehr ungewöhnliche Urteilspruch erhielt durch die richterliche Begründung doch noch einen besonderen Beigeschmack. Der Angeklagte hatte zu seiner Rechtfertigung geltend gemacht, daß die betreffende Versammlung als eine sozialdemokratische angemeldet und auch nur Sozialdemokraten dort anwesend gewesen seien, bei denen dieses Hoch kein Aergernis erregt habe. Der Gerichtshof begründete indes sein Urteil mit der Ausführung, es sei anzunehmen, daß auch Nichtsozialdemokraten, d. h. Requirierte dort anwesend gewesen seien, außerdem könnten sich auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch ärgern, da, wie selbst Reichstagsabgeordnete im Reichstag ausgeführt, ein Teil der Sozialdemokraten bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gesetzlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern. Die Schöffen von Mühlhausen könnten sich indes darüber beruhigen. Kein Sozialdemokrat wird Anstoß daran nehmen, wenn ein Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht wird.

Im Beobachter (Chemnitz) quittierte Geroffe Bruno Zrnicher als Vertrauensmann über bei ihm eingegangene Gelder. Die Polizeibehörde sah das als eine **unerlaubte Geldsammlung** an, nahm bei Zrnicher eine Haussuchung vor und belegte ihn dann mit einer Geldstrafe von 100 Mark, welche vom Schöffengericht auf Veranlassung Zrnichers auch bestätigt wurde. Der letztere will gegen dieses Urteil Berufung einlegen, weil er niemanden aufgefordert hat, ihm Geld für die sozialdemokratische Partei zu übergeben, sondern nur freiwillige Spenden entgegenzunehmen.

Prof. Wagner und Frhr. v. Stumm. Unter einem Berliner Aufruf hinsichtlich des Sitzens der Mädchen in den Ladengeschäften befindet sich unter anderm der Name des Prof. Adolf Wagner und der Name des Abg. Bebel. Dieser Umstand ist auf dem evangelisch-sozialen Kongress zur Sprache gekommen. Im Volk erklärt jetzt Prof. Wagner, er hätte von der Unterzeichnung Bebel's keine Kenntnis gehabt; aber er hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn ihm die Mitunterzeichnung Bebel's vorher bekannt gewesen wäre; „jedenfalls will ich lieber in einer solchen guten Sache mit einem persönlich achtungswerten Manne wie Bebel als in irgend einer Sache auf einem Vorkurs je mit einer Persönlichkeit wie etwa dem Herrn v. Stumm zusammenstehen.“ Sollte er sich über seine Stellung zu Bebel und Frhr. v. Stumm äußern, so sage er offen: „Bebel ist mir nicht ein „ernstlicherer“ Gegner als Herr v. Stumm, wohl aber ein „ehrlicherer“. Ob überhaupt aber noch ein „ernster“, d. h. ein ernst zu nehmender Gegner in Herrn v. Stumm zu sehen ist, darüber sind die schon im vorigen Jahre bei mir und andern aufgekauften Zweifel mittlerweile allerdings noch

gestiegen. Ton und Inhalt seiner Angriffe gegen Christlich-Soziale, Evangelisch-Soziale, Pastoren, Professoren, Beamte, überhaupt alle Andersmeinenden, lassen immer mehr bezweifeln, ob man es mit einer noch völlig für seine Äußerungen verantwortlichen Persönlichkeit bei Herrn v. Stumm zu thun hat.“

Es soll disziplinarisch eingeschritten werden. Aus dem vor uns liegenden Arbeiter, Kreisblatt für den Untertaunuskreis, entnehmen wir dem amtlichen Teil eine Bekanntmachung des königlichen Landrats v. Köller zu Langenschwalbach, worin derselbe „die Herren Bürgermeister“ aufmerksam macht, daß alle amtlichen Bekanntmachungen für die Gemeinden, besonders wegen Holzversteigerung, Bauten, Jagdverpachtung, u. s. w. unbedingt durch das Kreisblatt zu erfolgen haben. Weiter heißt es dann: „Ich mache den Herren Bürgermeistern strengste Befolgung zur Pflicht, und werde bei Zuwiderhandlungen gegen diese bestehende Verpflichtung disziplinarisch einschreiten. Neben dem Anz. Boten können auch andere Blätter benutzt werden. Das Kreisblatt geht aber allen anderen vor.“ — Wir wissen nicht, ob die nassauische Landgemeindeordnung den Gemeinden vorschreibt, Bekanntmachungen in Kommunalangelegenheiten durch das Kreisblatt zu veröffentlichen. Jedenfalls ist charakteristisch die Art, wie der Herr Landrat die Herren Bürgermeister durch das Kreisblatt mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. Die Achtung vor der Obrigkeit wird dadurch jedenfalls nicht gesteigert.

Der Soronia-Verband der **sächsischen Bäckerzünfte**, welcher jüngst in Chemnitz tagte, nahm nach einem Vortrage des Herrn Böhmke-Berlin folgende Resolution an: „Der 5000 Mitglieder zählende Bäcker-Verband Soronia erblickt in dem von der Arbeiterschuttkommission betretenen sozialpolitischen Wege, wie er in der Verordnung, den Maximalarbeitszeit im Bäcker-gewerbe betreffend, sowie in der in Aussicht genommenen Regelung des Schlusses der Ladengeschäfte zum Ausdruck gekommen ist, eine in keiner Weise zu rechtfertigende brutale Beschränkung der Freiheit der Betriebe, durch welche der ganze gewerbliche Mittelstand systematisch zu Grunde gerichtet wird.“ Eine sozialdemokratische Versammlung dürfte sicherlich nicht ungefrakt in solchen Worten an behördlichen Verordnungen Kritik üben; auch würde der Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes sicherlich vom Staatsanwalt wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen vor Gericht citiert werden.

Das **Reichsgericht** verwarf die Revision in Sachen des Zimmermanns Höhne, welcher vom Landgericht Dessau wegen Unterschlagung und strafbaren Eigennutz zu Gefängnis verurteilt worden war. Höhne hatte geltend gemacht, der Gnadenersatz des Herzogs von Anhalt vom 22. Mai müsse die Niederschlagung des Prozesses zur Folge haben und hat demgemäß Einstellung des Verfahrens beantragt. Das Reichsgericht war der Ansicht, daß ein derartiges Niederschlagungsrecht die Erledigung eines beim Reichsgericht anhängigen Prozesses nicht hindern könne, da das Reichsgericht nicht im Namen des Herzogs von Anhalt, sondern in dem des Reiches Recht spreche. Das Niederschlagungsrecht des Herzogs von Anhalt finde seine natürlichen Schranken innerhalb der Grenzen von Anhalt.

Der Polizeizeuge. Im Frankfurter Schöffengericht wurden dem Polizeizeugen und Hauptspizel Federling (so ist des Biedermannes richtiger Name), dessen sich der Kommissar Kämpfe bediente, ein recht erbauliches Strafregister vorgelesen. An die zwanzigmal hat er bereits die Bekannschaft des Gefängnisses und Zuchthauswes wegen der verschiedensten Verbrechen gemacht, und er scheint eifrig bemüht zu sein, sie von Zeit zu Zeit zu erneuern. In letzter Woche stand er vor dem hamburgischen Gericht, angeklagt der **Vertuppelung öffentlicher Dirnen**, die er durch Drohungen und Schläge gezwungen haben soll, ihn zu ernähren. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Herrn Polizeizeugen 3 Monate Gefängnis, da ihm aber nicht alles bewiesen werden konnte, wurde er freigesprochen.

Das Bezirksgericht Ruffstein wollte am 5. Juni nachmittags den **Reichstagsabgeordneten Sigl**, Redakteur des Vaterland, auf seiner auf österreichischem Boden gelegenen Besitzung Thiersee wegen eines Artikels über den verstorbenen Erzherzog Karl Ludwig und den Thronfolger verhaften lassen. Sigl entkam nach Bayern.

Der **Jahresbericht** der großherzoglichen Handelskammer zu Offenbach a. M. stellt in Uebereinstimmung mit den bisher erschienenen Berichten für das Wirtschaftsjahr 1895 eine anhaltende Hebung der wirtschaftlichen Lage fest. Auch dieser Bericht bestätigt, daß „mehr und mehr die Wirkung der Handelsverträge“ zur Geltung kommt. Trotzdem agitierten die Agrarier gegen die Verträge.

Gegen die **Kommission für Arbeiterkassen**

heißt die gesamte antisemitisch-konservative Presse, oben die Dresdener Nachrichten, welche schreiben: „Es ist die höchste Zeit, daß jener Kommission endlich der Lebensfaden durchschnitten wird, damit dieser verkehrten Sozialpolitik, die sozialdemokratisch wirkt, ein Ende bereitet wird.“ Es ist der Geist Stumm's, der über Deutschland waltet. Arbeiter, habt Acht. —

Unter den Barbier- und Friseurgehilfen herrscht eine starke Strömung für den **Nachruhr-Ladenschluß**, einer Reihe von Versammlungen, die namentlich in großen Städten abgehalten wurden, fand eine Resolution Annahme, welche den Geschäftsbeschluß um 8 Uhr auch für das Barbiergewerbe fordert.

Die sächsischen Gewerbe-Vereine haben eine Petition gegen den **Schluß der Läden um 8 Uhr** in Umlauf gebracht. Zu dieser Petition ist zu bemerken, daß in sämtlichen größeren Städten Sachsens die nur einigermaßen bedeutenderen Geschäfte bis auf wenige Ausnahmen bereits um 8 Uhr schließen. Meistens sind es Krämer und Handwerker, die den späteren Geschäftsbeschluß nicht wissen wollen. —

Ein **neues Lehrerbefoldungs-Gesetz** ist, wie die Volkszeitung zu berichten weiß, im Kultusministerium in Arbeit. In Bezug auf die Staatsbeiträge der größeren Städte wolle die Regierung weitere Zugeständnisse machen und den Städten diejenigen Summen belassen, die sie bisher erhalten haben. Dagegen sollen die Bestimmungen über die Alterszulagen-Klassen unverändert aufrecht erhalten werden. —

Einem **Vereins-Notgesetz**, das sich auf die Befreiung des Verbots der Verbindung von politischen Vereinen untereinander beschränkt, dürfte die Regierung zustimmen, wie die Germania vermutet. —

Bürgerliche Parlamentarier und bürgerliche Presse.

Der bairische Fabrikinspektor Wörtschöffer, dessen Artikel über Bäckerschutz und die Ladenschlußstunde im letzten Heft der Zukunft wir bereits kurz erwähnt haben, beklagt von seinem Standpunkt als bürgerlicher Sozialreformer die ausschlaggebende Macht der heutigen deutschen Sozialdemokratie, zumal in Fragen der Sozialpolitik. Der hauptsächlichste Grund für unsere beherrschende Stellung sieht er in der das erlaubte Maß übersteigenden Nachlässigkeit und Oberflächlichkeit, mit der die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse die wichtigsten Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Reform zu behandeln pflegen. So schreibt er über die Herren Wöllner, Bueck und Konjorten, die, wie erinnerlich, erst vor kurzem Herr v. Rottenburg einer gründlichen Abstrafung unterzogen hat, folgendes kräftige Sprichlein: „Für jeden Kenner der Verhältnisse war das ganze Niveau der Bäckersdebatte im Reichstage geradezu verblüffend. Daß jahrelang gründliche und umfangreiche Erhebungen stattgefunden haben und daß sie der Öffentlichkeit, besonders auch dem Reichstage, zugänglich gemacht worden waren, hat man aus den weitwichtigen zweitägigen Debatten nicht herausgehört können. Diese Erhebungen haben auf die ganzen Verhandlungen nicht den geringsten Einfluß gehabt. Sie wurden entweder ignoriert oder es wurden Dinge behauptet, die durch die Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik längst widerlegt sind. Was nach dieser Seite gehandelt wurde, hätte gerade so gut vor diesen ganzen Vorarbeiten in irgend einer harmlosen geselligen Zusammenkunft in unverbindlicher Weise gesagt werden können. Dieser ging die Debatte nicht.“ Noch schlechter fast kommt die bürgerliche Preßhypothese davon. Es ist ja längst kein Geheimnis mehr, daß bei den bürgerlichen Blättern gewöhnlicher Schlagens nicht die Summe der Kenntnisse und die charakteristische Betretung ehrlicher Ueberzeugung den Wert des Mannes ausmacht, sondern die faltschaste Unterwürfigkeit unter die Fuchtel des für seinen Selbsthebel arbeitenden Verlegers. Wörtschöffer erkundigt sich mit Recht einmal nach der Qualifikation solcher Timmerfloden zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungs-

„Welches Recht hat“, so fragt er, „eigentlich irgend ein Redakteur oder Mitarbeiter eines Blattes von vielleicht etwas vergrößertem Format, aber von engem Horizont, der nach der Parteilichkeit denkt und schreibt, gegenüber einer so umfassenden und in freier Bewegung vorgekommenen Arbeit (wie die der Kommission für Arbeiterstatistik. D. R.) schulmeisterlich zu sprechen? Das im allgemeinen Interesse so wünschenswerte Ansehen der Presse kann sicherlich durch eine so leicht erkennbare Hohlheit nicht gewinnen“, aber auch nichts verlieren, fügen wir hinzu, wenn man nämlich seine Pappenheimer kennt. —

Oesterreich-Ungarn.

Das neue österreichische Zundersteuergesetz wurde im Steuerauschuß des Abgeordnetenhauses angenommen. Welcher Staat folgt? —

Frankreich.

Widerum ein neuer Impfstoff.

Der Präsident des Gesundheitsrats Proust hat einem Ausfrager gegenüber bestätigt, daß die Entdeckung des Cholera-Impfstoffes nahezu gewiß sei. Zu sicheren Schlußfolgerungen berechtigte Versuche seien bereits gemacht worden; es erübrige nur noch, den endgültigen Versuch zu machen. Freue Dich, Menschheit! —

Italien.

In der italienischen Kammer hat der sozialistische Abgeordnete Agnini folgende Interpellation eingebracht: „Der Unterzeichnete interpelliert den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern und die Minister der Finanzen und der Justiz, um zu erfahren, ob sie es nicht für nötig halten, die Handlungsweise jener Industriellen für strafbar zu erklären, welche, um unbegründete Reduktionen der Einkommensteuer zu erlangen, ihre Fabriken zeitweise schließen und Hunderte und Tausende von Arbeitern auf die Straße werfen.“ —

Türkei.

In Athen eingetroffene Depeschen aus Canea melden, daß nunmehr 18000 Mann türkischer Truppen auf Kreta seien. Die Plünderungen der christlichen Dörfer durch die Muhamedaner dauerten fort. Dem russischen Konsul in Canea wäre berichtet worden, die Truppen aus Zeitum, welche gestern in Canea gelandet seien, hätten geplant, mit Unterstützung der ortsangehörigen Muhamedaner die Stadt zu plündern. In türkischen Kreisen versichert man, im Besitze von Beweisen zu sein, daß der Aufstand auf Kreta von griechischer Seite unterstützt werde, da unter den bei den Aufständischen vorgefundenen Kriegswaffen sich auch solche griechischer Herkunft befänden. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ein allgemeiner **Schneider- und Schneiderinnen-Kongress** ist zum 13. und 14. Juli d. Js. nach Eisenach einberufen. Als provisorische Tagesordnung ist aufgesetzt: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. 2. Die Bewegung in der Konfektions-Industrie (Bericht der Fünferkommission). 3. Die Forderungen der Schneider und Näherinnen an die Gesetzgebung. 4. Presse und Agitation. 5. Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress und die internationale Schneiderkonferenz in London. Dem Kongress wird sich jodann der Verhandlung der Schneiderorganisation anschließen. — In einer in Leipzig abgehaltenen Versammlung der **Sattlergehilfen** wurde mitgeteilt, daß die hauptsächlichsten Fabrikbetriebe und größeren Werkstätten die Gehilfenforderungen — 18 Mark Mindestlohn, 9 1/2 stündige Arbeitszeit u. s. w. — mit mehr oder weniger geringfügigen Modifikationen bewilligt hätten. Auf Grund dessen wurde beschlossen, in einen allgemeinen Ausstand nicht einzutreten, sondern lediglich über die einzelnen Werkstätten, deren Inhaber den Gehilfen nicht anerkennen, die Sperre zu verhängen. —

Anstand.
* Die **Porzellanfabrikanten** von Limoges haben über beiläufig 15000 Arbeiter die Ausperrung verhängt. Grund: die in der Porzellanfabrik Guérin beschäftigten 800 Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung gefordert. Un- doch beträgt ihr bisheriger Lohn bloß 1 Fr. 75 Cts. (1.40 Mark) pro Tag! Allem Anschein nach handelt es sich um einen brutalen Versuch, die sozialistischen Arbeiter die den Opportunisten den Gemeinderat entrissen haben mühe zu machen. —

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht.) Der Arbeiter Hermann Enderling hier, geboren 1876, wohnte bei einer Witwe und entwendete ihr Anfang 1895 aus einer Kaffette im Werte etwa 30 Mark. Als die Wirtin nach einer anderen Wohnung verzogen war, wurden am 16. April abends die Küchentür und das Pult erbrochen und 100 Mark gestohlen. Den ersten Diebstahl gestand der Angeklagte ein, bestritt aber im zweiten Falle den Täter zu sein, doch wurde er durch die Beweisaufnahme überführt und wegen **Diebstahls** zu 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt. — Der Maurer Friedrich J. h. e. b. u. r. g. hier, geboren 1860, ging mit seiner unter Sittenkontrolle stehenden Geliebten in der Neustädter Feldmark spazieren; die Frau sammelte, es war im Juli 1895, Kartoffeln in einem Handkorb und wurde deshalb vom Feldhüter angehalten. J. h. e. b. u. r. g. mischte sich ein, **beleidigte den Beamten** und mißhandelte ihn. Als er nach seiner Personalkarte gefragt wurde, lief der Angeklagte weg und versuchte den Feldhüter durch Drohungen zu nötigen, von der Verfolgung abzustehen. J. h. e. b. u. r. g. wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Berlin. (Zweikampf.) Wegen einer Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen wurde vor der 7. Strafkammer am Landgericht I in Berlin gegen den Rechtsanwalt Dr. jur. Rudolf Saraum verhandelt. Der Angeklagte, der jetzt in Sonnenburg seine Praxis ausübt, hatte im vorigen Jahre den Rechtsanwalt Dr. Gennerich in einer Prozeßsache vertreten und nachher den Kostenbeschluß verlegt. Dadurch waren bei der Beilegung der sehr geringfügigen Summe verhältnismäßig hohe Kosten herbeigeführt worden. Dr. Gennerich sollte hieran Bemerkungen geknüpft haben, durch die sich der Angeklagte beleidigt fühlen mußte. Als eine schriftliche Aufforderung des letzteren, daß Dr. Gennerich die beleidigenden Äußerungen zurücknehmen solle, ohne Erfolg blieb, forderte er ihn in einem Briefe zum Duell. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate, während der Gerichtshof eine Woche Festungshaft für eine hinreichende Sühne hielt. —

Chemnitz. (Sittlichkeitsverbrechen.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte jüngst das Schwurgericht Chemnitz gegen den Bergmann Jhm aus Delitzsch der des Verbrechens gegen die Sittlichkeit angeklagt war. Der Angeklagte wurde zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Brandenburg. (Ein Edelster.) Das Gericht der 35. Division in Brandenburg macht im neuesten Amtsblatt der Regierung unter dem 26. Mai folgendes bekannt: „Nachdem gegen den Premier-Lieutenant Gerhard v. Horn im Infanterie-Regiment Nr. 141 der förmliche Desertionsprozeß eingeleitet worden, wird derselbe hierdurch aufgefördert, spätestens in dem auf den 1. Oktober 1896, vormittags 10 Uhr, im hiesigen Militärgerichtslokal anberaumten Termine sich wieder einzufinden, widrigenfalls er nach Schluß der Untersuchung in contumaciam für jahreslanglich erklärt und in eine Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark verurteilt werden wird.“ Der Tapfere ist wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, ausgerissen, weil er wegen wibernatürlicher Unzucht, begangen mit Soldaten seines Truppenteils, zur Verantwortung gezogen werden sollte. —

Fenilleton.

Wenn die Arbeit fertig ist.

Nach dem Englischen von A. S.

Eines Abends gab es in London einen so unbeschreiblichen Nebel, daß ein in der Gegend Fremder schwerlich den engen Geyton-Street bemerkt hätte, ja, sogar mit der Gegend Vertraute wären ruhig vorbeigegangenen, wenn nicht ihre Aufmerksamkeit durch die Töne einer Kapell, die von dieser Straße zu kommen schienen, angezogen worden wäre.

Es kam in der Regel nicht allzu oft vor, daß herumziehende Musikanten diesen Stadteil mit ihrem Gesange besuchten, und als daher die Töne des bekannten Volksliedes „Heimat, süße Heimat!“ aus der halbverfallenen Guckkastenleier mühsam hervorkam, eilte alles an die Thüre und Fenster und lauschte neugierig und andächtig diesem Liede.

„Heimat, o Heimat hold!“ Welcher Spott liegt in diesen Worten! Wie steht die „holbe Heimat“ der Arbeiter, die hier hausen, aus? Ganze Familien leben da in einem Zimmer zusammengepackt, das noch überdies bei allen notwendigen Hausgeräten entbehren muß. Die armen Leiber liegen beinahe durchwegs verkrümmt, hager, krank und schwach aus, und den Vätern ist von ihrer Verantwortlichkeit auch nicht viel übrig geblieben. Nun hungern und sitzen sie in Gruppen beisammen auf den Treppenschellen, während das Kinderweib sich um den Schwamm herumdrückt und darüber für einen Augenblick das Gesicht jenes Daseins zu vergehen scheint.

Und nun zu Mrs. Graham, mit der sich diese Zeilen beschäftigen sollen. Auf sie machten die alten bekannten Klänge, die in ihre einzelne Stunde drangen, in der sie über eine Arbeit gebengt lag, einen tiefen Eindruck; sie

führten ihre vergangenen glücklichen Tage in die Erinnerung zurück.

Das kleine Wohnzimmer war nicht allzu üppig ausgestattet — ein Bett, auf dem ein blaßes Kind lag, ein Stuhl, ein Tisch war der ganze Komfort. Doch die Liebe, die Mutter und Tochter so ungetrüblich verband, machte diesen Raum in des Wortes tiefer Bedeutung zu einer „Heimat“, einer „Heimat hold“.

Als die letzten Klänge dieses Liedes verflungen waren und die Leute sich wieder in ihre Wohnungen zurückgezogen hatten, hielt auch Mrs. Graham mit ihrer Arbeit inne, ließ sie auf den Schoß fallen und schloß für einige Augenblicke ihre jergewollten Hände in ihre ermüdeten Hände. Während sie so lag, perlen ihr die Thränen die Wangen hinab. Vergebens kämpfte sie, ihren Kummer zu verbergen, er überwältigte sie aber und sie begann schlieflich laut aufzuschreien in der Tiefe ihres Wehs.

Viele Jahre vorher, als sie gerade an der Schwelle der Weibheit stand, erlösten ihr das Leben licht und schön, noch voll von unzähligen Möglichkeiten und unerfüllten Ideen. Die Zeit schwand jedoch dahin, die Aussichten wurden trüber und weniger hoffnungsvoll. Sie hörte auf, nach der Erfüllung ihrer Jugendträume zu streben, sie kämpfte nun weiter, bis sie schließlich in der Mitte ihres Lebens ein niedergedrücktes, gedemütigtes, vorzeitig gealtertes Weib war, dessen einziger Gedanke, dessen einzige Sorge seine Tochter Käthe war.

Durch ein leichtes Gemüths vom Bett her aus ihren Trümmern gewacht, bemühte sie sich, ihrer Bewegung durch gewaltsame Anspannung Herr zu werden und sie verjagte ihre Arbeit wieder anzunehmen.

Heute konnte gemahnt werden, die Heimstätten der Liebe bemerkt werden, aber die Arbeit, das einzige Mittel, durch das das tägliche Brot beschafft wird, darf bemerkt nicht unterlassen werden. Sie nähte darum weiter, weiter, brünnelnd, verzweifelt, und der Strom der Zeit raschte weiter dahin und trug mit sich den

Kummer, die Armut und die Leiden, untermischt mit Freude, Wohlstand und viel wahrem Mitgefühl.

Das Zwielicht wich endlich der vollständigen Dunkelheit und zwang sie, ihre Arbeit wegzulegen; sie kniete an der Seite des Bettes nieder und bedeckte das Gesicht des dort liegenden Mädchens mit Klüssen.

Käthchen war schwer erkrankt. Der Hunger, die Arbeit, die schlechte Behausung und das elende Wetter hatten ihr Werk bei ihr vollbracht, und nun lag sie da sterbend, in einer Gegend, die kaum fünf Minuten von den Häusern einiger der wohlhabendsten Leute der Stadt entfernt lag.

„Mutter“, sagte sie, „es thut mir leid, daß Du nun all' die Arbeit allein thua mußt. Du bist wohl jetzt recht müde?“ Und sie legte, während sie sprach, zärtlich die Hände in die ihrer Mutter.

„Ich mache mir nichts daraus, wenn ich müde bin Käthchen, wenn ich nur die Sicherheit erhalten könnte, daß Du kräftiger wüdest. Möchtest Du nicht etwas Thee, Liebe?“

„Ja, Mutter, bitte, ich bin sehr hungrig.“

Mrs. Graham seufzte bei dem Gedanken an das Stüchchen harten Brotes und die Tasse schwachen Thees, die sie ihrem kranken Kinde bieten konnte, tief auf. Als sie das frugale Mahl auf dem Tisch zurechttrichtete und dabei die Notwendigkeit einer guten Nahrung gedachte, deren ihr Liebbling bedürfte, schien ihr Herz von Bitterkeit überquellen zu wollen.

Käthchen war zu schwach, um sich ohne Unterstützung im Bett aufrichten zu können, und die Mutter legte den Arm um sie und versuchte, es ihr so bequem wie möglich zu machen.

„Nimm doch auch ein wenig davon, Mutter!“

„Nein, Kind, ich habe meinen Thee schon lange getrunken.“

„Versuche doch noch etwas von mir. Es ist so gemüthlich, den Thee zusammen zu nehmen.“

(Fortsetzung folgt.)

Tages-Chronik.

Magdeburg, 6. Juni 1896.

Der Terminhandels dient in Wahrheit den Interessen der Produktion wie der Konsumtion, den Interessen der Landwirtschaft wie des Handels; seine Beseitigung würde alle diese Interessen schädigen, und nur den Interessen der Großgrundbesitzer und Getreidehändler nützen. Dies hat schlagend nachgewiesen der Abg. Singer in der Sitzung des Reichstages am Freitag. Auf denselben Standpunkt gestellt hat sich auch die Kaufmannschaft Magdeburgs und die von derselben jüngst einberufene Versammlung des Schutzverbandes gegen agrarische Ueberschüsse. Die Kaufmannschaft, soweit sie im Kleinstenkollegium vertreten ist, sowie die vorkonsumiertere Verammlung gehört unbestrittenen Massen der national-liberalen Partei an. Nun hat aber dieselbe, wie aus den Parlamentarischen Verhandlungen hervorgeht, sich für die Aufhebung des Terminhandels in Getreide erklärt und sonach den Wünschen der Agrarier nachgegeben. Wortführer der national-liberalen Partei waren die Herren v. Bennigsen und Baasche. Die Sozialdemokratie hat sich für Beibehaltung des Terminhandels ausgesprochen, weil derselbe die notwendige Ausgleichung in der Preisentwicklung bewirkt. Das unkontrollierte Spekulationen vorgekommen, bestritten niemand. Diese Spekulationen sollen in etwas eingegrenzt werden durch die Aufhebung des Börsenreglements und Einsetzung eines Börsenkommissars. Daß die Aufhebung des Terminhandels die Getreidepreise erhöht, hat selbst der Abg. Baasche zugegeben. Nach der Magdeburger Zeitung (eine im vorliegenden Falle sichere Quelle) sagte dieser Abgeordnete: „Man muß doch verlangen, daß dem Landwirt ein Lohn für seine Mühe werde.“ Wer ist der „Landwirt“? Im vorliegenden Falle nur der Großgrundbesitzer, welcher Großproduzent im Getreidebau ist. Der kleine Landwirt, der zum Verkauf sein Getreide bauen kann, sondern eher dasselbe zur Erhaltung seines Hausstandes kaufen muß, hat keinen Vorteil sondern enormen Nachteil. Daß die Aufhebung des Terminhandels ein äußerer gewagtes Experiment ist, hat wiederum der Abg. Baasche zugegeben (auch in diesem Falle zitiert die Magdeburger Zeitung). Er sagte: „Ob übrigens das Verbot zu einer gesunden Preisbildung führen wird, ist umstritten.“ Wenn dennoch die national-liberale Partei für das Verbot eintritt, so ist zur Evidenz bewiesen, daß sie verfallt in dem Pfuhl agrarischer Ueberschüsse. Nach dem Tageblatt des Direktor Schrader in der Versammlung am vergangenen Dienstag will der Schutzverband gegen agrarische Ueberschüsse die Massen aufklären und darauf hinarbeiten, daß dessen Mitglieder einer Partei die Stimme geben bei Wahlen, welche von der Verderblichkeit der agrarischen Agitation überzeugt ist. Es wird sich also bei den nächsten Wahlen in unserem Wahlkreise ein Schauplatz für Völkerverderber. Wollen die National-liberalen, die dem Schutzverbande gegen agrarische Ueberschüsse beigetreten sind, ihr Wort halten und ethische Politik treiben, sie müssen sie gegen ihre eigene Partei sich wenden. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß dies geschieht. So oft haben die National-liberalen ihr Wort gebrochen, daß der Glaube an die Wahrhaftigkeit ihrer neuesten Behauptungen uns verloren gegangen ist. Die Zukunft wird weitere Belege liefern.

Die Redakteure Bruno Kreuz und Carl Feßhauer geben in der Sachschau folgende Erklärung ab: „Im 3. Heft der Nr. 182 der Sachschau vom 1. 12. 95 haben wir behauptet, daß die Firma S. Friedberg jun. (Znh. Kaufmann Ed. Löwenthal & Sally Marcus hier) in die von ihnen gekaufte Zweigige Konkursmasse von anderwärts nicht zur Konkursmasse gehörige Waren hineingehandelt haben. Wir erklären hiermit, daß wir nicht behaupten wollten, daß die in die Zweigige Konkursmasse eingebrachten Waren als Konkurswaren verkauft sind. In demselben Heft haben wir weiter behauptet, daß die Firma S. Friedberg jun. aus der von ihr angekauften S. F. J. Köchling Konkursmasse die besseren Waren herausgenommen, minderwertige hineingegeben und trotzdem in hiesigen Blättern angezeigt habe, nur die Waren dieser Konkursmasse werden dort verkauft.“ Diese Behauptungen widerrufen und bedauern wir.“ Wie es scheint, sind vorgenannte Redakteure von ihren Mitarbeitern duplet worden.

Durch das Auftreten der Antisemiten im Wahlkreise Ruppiner-Tempel soll ein „großes Wachstum der Sozialdemokraten verhindert sein.“ Man sieht, die Sachschau kommt nie in Verlegenheit fragt sich nur, ob die Leser der Sachschau, nachdem sie das Resultat der Wahl erfahren, diese Märje glauben.

Probefeststellung. Die im Zuge der Magdeburger-Brandenburger Eisenbahn liegende Jurisdiktion wurde am 8. und 9. d. Mts. einer Probefeststellung unterzogen werden. Hierbei haben die die Brücke passierenden Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger den Anordnungen der Eisenbahn-Aufsichtsbeamten Folge zu leisten.

Zeugen gesucht. Der Kaufmannsbesitzer Wegel und dessen Ehefrau, beide aus Hieslar, sollen als Zeugen vernommen werden. Er sucht wird um schließliche Angabe der Adressen zu den Akten XI. J. 726/95.

Die städtischen Steuerrollen sind zum Zwecke der Aufstellung der Steuerrollen vom 8. d. Mts. mittags ab bis einschließlich den 12. d. Mts. geschlossen.

Der Jahrmärktsummel auf dem Rothen Horn beginnt am 2. August und endet am 10. desselben Monats.

Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme der Schwedde Karl B., dem in der Werkstatt beim Schmieden durch Daranschlagen mit dem Hammer zwei Finger der linken Hand verletzt worden sind; der Hausdiener Wihl. L., der sich vor 14 Tagen beim Öffnen einer Kiste mit einem Nagel gerissen hatte, wodurch eine Eiterung entstanden ist; der Arbeiter Albert H., der beim Entleeren einer Düngergarbe infolge Einatmens giftiger Gase heftiges Schwindel zur Erde gefallen war, und der Arbeiter Josef L., der auf einem Strohhauf in Dönsfeld hingefallen war, wobei er einen komplizierten Armsbruch erlitten hatte.

Dresden. (Sittlichkeitsverbrechen.) Verhaftet wurden weiter am Donnerstag im Birkenwäldchen zwei Sittlichkeitsverbrecher, ein fremder Handwerksmeister, der sich Fabrik- und Schmelzmännern gegenüber höchst ansehnlich benommen hatte, und ein älterer Arbeiter von hier, welcher mehrere verheiratete Frauen in der unverschämtesten Weise belästigt hatte.

Mainz. (Tollgebrüch.) Sonnabend nachmittags wurde der Fortifikationsarbeiter Seibert durch das Schenken zweier Milliardepfunde, welche an einen Munitionswagen gespannt waren, herab zwischen diesen Wagen und einem Baum gedrückt, daß der Unglückliche sofort todegedrückt wurde. Seibert hinterläßt Frau und drei Kinder.

Odenburg. (Selbstmord.) Erschossen hat sich am Sonnabend der wegen doppelter Liquidierung von Zagegeltern in vielen Fällen vom Landgericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte Oberförster Otto im Schloßgarten in Odenburg. Ueber die Verurteilung haben wir in letzter Nummer berichtet.

Syls (Hannover). (Vom Bliz getödtet.) Im Dorfe Barrien traf der Bliz die Kirche während der Abendmahlfeier, tödtete zwei und verletzete acht Personen.

Petersburg. (Explosion.) Im Hüttenwerke Nischyn-Sorginsk bei Jekaterinburg sprengten die im Hoshofen angesammelten Gase den Bergschloß. Wenn Menschen sollen dabei verdrannt, vier einschließlich verkrüppelt sein.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 6. Juni 1896.

In der Generaldebatte über den Börsengesetzentwurf, welche Sonnabend fortgesetzt wurde, beherrschte die Differenz über den Nutzen oder die Schädlichkeit des Terminhandels die Ausführungen sämtlicher Redner, welche überhaupt zur Sache sprachen. Letzteres trifft nun freilich für den Antisemiten-Hauptling Liebermann v. Sonnenberg in einer Weise zu. Während Graf Kanitz, welcher vorher sprach, mit keiner Silbe die Angelegenheit des Herrn Plöb berührte, ließ Liebermann volle Breiten der dinärfen antisemitischen Redensarten gegen unseren nassen Singer los, um damit den letzteren dafür zu rufen, daß er am Freitag den Agrarierhauptidee v. Plöb den verdienten Pranger gestellt hatte. Diesmal kam Herr v. Liebermann freilich an den Unrecht, denn nger schüttelte nachher den ungezügelter Abgeordneten

so energisch und rücksichtslos, daß derselbe sich in halbweinerlichem Tone beschwerte, daß er von sozialdemokratischer Seite gar so grob behandelt werde. Herr v. Plöb zog es vor, nicht im Saale anwesend zu sein, während der Liebermann und Dr. Hahn den allerdings sehr verunglückten Versuch machten, ihn rein zu waschen. Nachdem die Generaldebatte geschlossen war, wurden die ca. 80 Paragraphen im Lauffschritt angenommen. Ein Versuch des Grafen Arnim, im Auslande anhängig gemachte Schulden aus börsenmäßigen Differenzspiel im Reiche für nicht eintreibbar zu erklären, wurde, weil mit den internationalen Verträgen in Widerspruch stehend, von der Regierung bekämpft und abgelehnt. Schließlich wurde das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Linken und des Abgeordneten Siegel angenommen. Der Versuch des Herrn Präsidenten, den Handelsvertrag mit Japan noch zur Erledigung zu bringen, scheiterte daran, daß der Vertreter für Hof, Münch-Ferber, eine längere Rede ablas, wodurch sich der Staatssekretär v. Marschall zum antworten genötigt sah, während dessen aber sämtlichen Bogenlampen erlöschten. Der Gegenstand mußte also zum Montag vertagt werden. Außerdem steht an diesem Tage die Gewerbe-Ordnung auf der Tagesordnung.

98 Sitzung vom 6. Juni, 2 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Generaldebatte zur dritten Beratung des Börsengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (Kons.): Die Gegner des Verbotes des Getreide-terminhandels haben sich gestern widerprochen. Die Herren Frese und Träger sagen, daß die Landwirtschaft keinen Vorteil von dem Verbot des Terminhandels hätte; während der Abg. Singer eine Steigerung der Getreidepreise voraussetzte. Ich bin der Ansicht, daß das Verbot des Terminhandels weder eine Verbilligung noch eine Verteuerung des Getreides herbeiführen würde. Doch läßt es sich nicht leugnen, daß in dem Verurteilungsjahr 1891 durch den Terminhandel die Getreidepreise noch weit höher gedrückt wurden, die großen Getreidehändler sich gegenständig erhebliche Trinkgelber zu. Redner bestritt die von ihm eingebrachte Resolution, die Regierungen aufzufordern, sich mit anderen Staaten beizugs Abschaffung des Getreide-terminhandels in Verbindung zu setzen.

Liebermann von Sonnenberg greift die Sozialdemokratie persönlich an.

Der Entwurf erfüllt nicht alle unsere Wünsche, aber er giebt die Möglichkeit, Verbesserungen im Laufe der Zeit herbeizuführen. Von seiten der Linken hat man uns den Vorwurf der Börsenfeindschaft, der Verkennung der Bedeutung des Handels gemacht; aber mit Unrecht, denn wir wollen nur die Auswüchse der Börse beschneiden, während für die Linke die Börse ein noli me tangere ist. Wir sind durchdrungen von der Bedeutung des Handels, der seine Aufgabe darin hat, alle Produkte der Kunst und Natur zusammenzutragen dorthin, wo sie gebraucht werden. Aber der Handel muß Diener der Produktion bleiben und darf nicht ihr Herr werden, weil er dann Produktion und Konsumtion schädigt. Wir begrüßen mit Freude, daß das Verbot des Terminhandels eine so große Mehrheit gefunden hat und hoffen, daß die Regierung demselben zustimmen wird. Im Lande wird man sich dadurch wie von einem Alpdruck befreit fühlen. Die Verteilung zum Börsenspiel hat viel Verderben gestiftet. Es ist daher erfreulich, daß ein Verbot des Terminhandels in gewissen Wertpapieren in der Vorlage enthalten ist. Das Börsenspiel sollte wenigstens auf Dinge beschränkt werden, die nicht zur Volksernährung notwendig sind. Redner wendet sich gegen den Abg. Fischbeck, der ihm vorgeworfen, daß er in der Kommission nicht Anträge genug gestellt habe; er wäre allein in der Kommission gewesen und hätte sich begnügen müssen mit der Unterföhlung der Anträge von anderer Seite, die dasselbe erreichten, was er wolle. Die Annahme dieses Gesetzentwurfs ist schon an sich ein Sieg des antisemitischen Gedankens, der die Agrarier, den Mittelstand bewegt. Vom Antisemitismus bis zu Herrn Singer ist nur ein Schritt. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie zeigt in dieser Frage das Janusgesicht, welches auf der einen Seite die Jüge des Herrn Schoenlant und auf der anderen die des Herrn Singer trägt. (Heiterkeit.) Herr Schoenlant trat für ein Börsenreform-Gesetz ein, aber Herr Singer wollte die Interessen der Börse nicht schädigen, denn sie ist die mildende Kuh für die Sozialdemokratie. Man hoffte auf ein unschädliches Gesetz; aber es kam anders. Es wurden wirrkame Vorschriften in das Gesetz aufgenommen und da wollen die Sozialdemokraten nicht mehr mitmachen. Das ist die beste Empfehlung für den Entwurf, die man sich irgendwie wünschen kann. (Beifall rechts.)

Die Antwort des Abgeordneten Singer.

Ich will die Genugthuung des Vorredners über die Mehrheit für das Gesetz nicht beeinträchtigen. Die Herren vom Centrum und die National-liberalen werden sich nicht freuen, von Herrn Liebermann v. Sonnenberg gelobt zu werden. Wir können die Herren ruhig ihrem Schicksal überlassen. Die Herren glauben, daß das Verbot des Terminhandels bessere Zustände an der Produktentörse herbeiführe; ich meine, daß die Börse den Herren an Feindlichkeit über ist und die Erwartungen auf eine Sanierung in moralischer Hinsicht nicht erfüllen wird. Wenn Sie meinen, daß durch die Beschränkung des Terminhandels volkswirtschaftliche Schäden beseitigt würden, sind Sie eben verpflichtet, für das Verbot zu stimmen; aber dasselbe Recht der Ueberzeugung müssen Sie auch denen zugestehen, die die gegenteilige Ansicht haben. Wenn man auch die Motive, welche Herr v. Liebermann seinen Gegnern unterstiehlt, noch so oft zurückweist, macht auf das Gehirn des Herrn v. Liebermann doch keinen Eindruck. Er sagt, die Sozialdemokratie stimme gegen das Gesetz, weil sie die goldene Quelle der Börse nicht verköpfen wolle. Was würde er sagen, wenn ich sage, Rudolph Herzog habe die Schulden eines gewissen Herrn bezahlt, damit er antisemitische Agitation treibe? (Heiterkeit rechts.) Die Ausführungen des Herrn v. Liebermann tragen von vornherein das Gepräge des absichtlichen Mißverständnisses oder der Umkehrung in das Gegenteil unserer Ansichten, daß es sich eigentlich kaum verlohnt, auf diese Ausführungen einzugehen. Er vergißt, daß zur Zeit, als

wie uns für die Börsenreform erklärten, von dem Verbot des Terminhandels keine Rede war, und wenn er ehrlich sein würde, dürfte er jetzt nicht diese Motive in die Diskussion bringen, wozu er kein Recht hat, weil unsere Stellung in dieser Frage von Anfang an durchaus konsequent ist und wir vom ersten Augenblick, wo das Verbot des Terminhandels drohte, von vornherein erklärten, das können wir nicht mitmachen. Ich halte die Sache doch für zu ernst, um auf den Ton des Herrn von Liebermann einzugehen. Ich habe die Zustimmung zu dem Hause und namentlich zu der öffentlichen Meinung, daß sie bei der Abklärung der Wahrheit dessen, was von antisemitischer Seite und was von sozialdemokratischer Seite gesagt wird, doch zur Ueberzeugung kommen muß, daß die Wahrheit auf der sozialdemokratischen Seite ist. (Rachen rechts.) Lassen Sie doch einmal die öffentliche Meinung die sittliche Qualität Ihrer Führer und der sozialdemokratischen Führer vergleichen! Wir haben keine Zuchthäuser, keine Weineidiger; in unsern Reihen, keine, die in der öffentlichen Meinung mit recht verachtet sind. Vor dem Forum der öffentlichen Meinung kann die sozialdemokratische Partei einen Vergleich mit der antisemitischen aushalten. Man muß das Gebahren der Antisemiten innerhalb und außerhalb des Hauses zurückweisen, weil es zu Gewohnheiten sich ausbildet, bei denen man entweder mit dem Dreschflügel dreinschlagen oder stillschweigende Verachtung üben muß.

Bizepräsident Schmidt: Oberfeld: Ich muß Sie doch bitten, sich in den Ausdrücken bezüglich der Herren im Hause etwas zu mäßigen.

Abg. Singer (fortfahrend): Der Vorredner hat das bekannte Fehdertexturhändchen gemacht, daß er das, was man gesagt hat, in das Gegenteil umkehrt und daraus seine Schlüsse zieht. Es ist mir gar nicht eingefallen, aus den Motiven, die der Vorredner mit unterschleibt, meine Bemerkungen gemacht zu haben, ich habe sie gemacht, um nachzuweisen, wie wenig Berechtigung die Entrüstung jener Herren über die Börse hat. Wenn ich auch die Kameradschaft des Herrn v. Liebermann Herrn v. Plöb gönne, so glaube ich doch, daß Herr v. Plöb doch sagen wird in diesem Fall: Gott schütze mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden will ich selbst fertig werden. Die gekrigte Rede des Herrn v. Plöb hat — wahrscheinlich nicht bloß auf mich allein — den Eindruck einer rechten Verlegenheitsrede gemacht. Nach dem Bericht der Kreuz-Zeitung hat sich Herr v. Plöb gerühmt, daß ich zugestanden hätte, daß ich vielfach das, was ich gesagt hätte, nicht hätte beweisen können. Man kann Herrn v. Plöb gratulieren zu seiner Bescheidenheit, wenn er aus der Nichtigkeitstellung eines nebensächlichen Punktes den Beweis schöpft, daß ich meine ganzen Angaben als nicht beweisbar zugestanden hätte. Aus dem Umstand, daß das Geschäftsverhältnis nunmehr gelöst ist, kann er gar keine Entlastung für sich herbeiführen. Er sollte sich also hüten, den Stab über die zu brechen, die dieselben Geschäftsmanipulationen gemacht haben, wie er. Er hat es so dargestellt, als ob ich den Herren, welche Mitglieder eines Aufsichtsrates sind, hätte einen Makel anhängen wollen. Herr v. Plöb meint, es käme darauf an, welche Aufsichtsräte es sind: also darf ich annehmen, daß er die Aufsichtsräte, die sich aus den Seinigen rekrutieren, für berechtigt hielt; er meint, es käme darauf an, was sie arbeiteten; darauf kann es aber nicht ankommen, weil sie überhaupt nicht arbeiten. Sehen Sie sich nur einmal an, was die Herren von der Deutschen Bank u. für Lantienen beziehen für die paar Aufsichtsrats-Sitzungen. Herr von Plöb hat dann eine lange Geschichte erzählt von einer Gründung, und doch habe ich nur ganz andeutungsweise diese Angelegenheit gestreift. Das eigentümlichste in der Rede des Herrn v. Plöb war die Auffassung, daß er seine Termingeschäfte nur zum Studium gemacht hätte; große Geschäfte habe er nicht gemacht, nur kleine. Herr v. Plöb hat in 500 Tonnen Weizen spekuliert; solche Geschäfte übersteigen das Minimum dessen, was an der Börse gehandelt wird, und die Geschäfte sind von ihm gemacht worden zu einer Zeit, als Herr v. Plöb schon Präsident des Bundes der Landwirte war. Hier braucht man nur Worte und Handlungen gegenüberzustellen. Schließlich ist Herr v. Plöb sentimental geworden und hat gemeint, es sei nicht angenehm, in diesem Sinne im Reichstag zu handeln. Ich kann es nicht als meine Mission anerkennen, den Herren von der Rechten Unnehmlichkeiten zu sagen; so stehen wir nicht zu einander. (Heiterkeit.) Wenn das nicht angenehm ist, so liegt das nicht an dem der die Mitteilungen macht, sondern an dem, der die Ursache dazu giebt. Ich bin mir keiner Handlung bewußt, die die Deffentlichkeit zu schuen brauchte; also heraus mit dem Federwisch! Sagen Sie mir, was Sie von mir wissen, wenn es wahr ist. In geradzu unverantwortlicher Weise werden wir hier Tag für Tag angegriffen. Gegen wen wird mehr gelogen und verleumdet, als gegen die Sozialdemokratie! Sehen Sie doch nur Ihre Presse an; da wimmelt es von Vorwürfen über die erpreßten Arbeitergrotschen, daß wir uns von dem Schweife der Arbeiter mästen und so weiter, und da sollten wir unsere Gegner schonen, die uns am liebsten mit Strick und Galgen bedrohen! Herr v. Plöb hatte meine Behauptungen als unverschämmt und meine Berichte als gemeine Lügen hingestellt; er hat es sich daher selbst zuzuschreiben, daß ich den Beweis erbracht habe, daß er an der Börse anders handelt, als er in der Presse schreibt und im Reichstag spricht.

Abg. Dr. Hahn (bei keiner Partei): Herr Singer sollte, bevor er hier Vorwürfe erhebt, die Tätigkeit des Bundes der Landwirte und des Herrn v. Plöb etwas mehr kennen zu lernen suchen. Der Bund der Landwirte wendet sich nicht gegen den einzelnen, der einmispelant, sondern gegen die Ausplünderung des Volkes durch die kapitalistischen Börsenkreise. Die wenigen Geschäfte, die Herr v. Plöb gemacht hat, berechtigen auch den Abg. Singer nicht zu solchem Vorwurf. Herr v. Plöb hat nichts getan, was ihn zu seiner politischen Stellung in Gegenlag bringt. (Rachen links.)

diesem Geleß antisemitischer Geist lebt, denn es her vorgegangen aus den Verbrechen der Antisemiten...

trums stimmen, in der Fassung der zweiten Lesung gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten...

geschenke vorhanden. Zwei Drittel der Biertonnen waren leer aufgestellt worden. Somit scheint die Katastrophe den Schuldigen willkommen gewesen zu sein, um die Spuren des Betrugs und des Diebstahls auszuwischen.

Verene, Versammlungen, Vergnügen etc.

Diesdorf. Der Central-Verband der Maurer Deutschlands hält am Dienstag abend 8 Uhr eine öffentliche Versammlung bei Blüme...

Abg. Liebermann v. Sonnenberg polemisiert gegen den Abg. Singer. Er habe in seiner Jugend allerdings einmal in Wucherhänden gefesselt und geschilt, habe das aber auch schwer gefühlt und...

Da im Saale inzwischen infolge des starken Gewitters alle electrischen Lampen erloschen sind, ist es auf der Tribüne unumgänglich zu sehen und zu schreiben. Die meisten Abgeordneten haben den Saal verlassen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Zweite Lesung des Handelsvertrages mit Japan und dritte Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Budgetkommission hat die Militärvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die zweite Lesung der Vorlage wird demnächst im Plenum erfolgen.

Neueste Nachrichten. Aus dem Reichstags-Stichwahl im Badische Kusbach. Schwabach erzielten: Conrad (deutsche Volkspartei) 7232, Husnagel (konservativ) 5721 Stimmen.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion werden die §§ 1-37 debattiert gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien, Deutschen Volkspartei und Sozialdemokraten angenommen.

Die §§ 50 und folgende enthalten Bestimmungen über den Terminhandel, § 50 u. a. das in zweiter Lesung angenommene Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten.

Abg. Graf Schwerin (Söwiz) (kons.): Ich habe früher erklärt an der Berliner Börse Getreidetermingeschäfte gemacht. Ich behaupte jedoch, daß der Getreidehandel in den letzten Jahren sich so verändert hat, und daß an der Börse so große Ausschreitungen Platz gegriffen haben.

Abg. Graf Arnim (Reichsh.) begründet einen Antrag, dem § 50 einen Absatz hinzuzufügen, wonach Rechtsansprüche aus in Getreide und Mühlenfabrikaten abgeschlossenen börsenmäßigen Termingeschäften auch dann uneintragbar sind, wenn die betreffenden Geschäfte im Auslande abgeschlossen sind.

Präsident der Reichsbank Dr. Koch glaubt, daß der Antrag nicht gerechtfertigt ist und bittet, ihn abzulehnen. § 50 wird unter Ablehnung des Antrages Arnim, für den nur die beiden konservativen Parteien, die Antisemiten und ein Teil des Cen-

Advertisement for 'Kathreiner's Malzkaffee' (Kathreiner's Malt Coffee) as a coffee substitute, featuring a testimonial from Prof. Dr. Hofmann.

Advertisement for 'Charles Darwin' by Harald Höfding, a popular representation of his life and teachings, priced at 50 Pfennig.

Advertisement for 'Sommersachen' (Summer Goods) by W. Wolff Nachfl., listing various clothing items and their prices.

Advertisement for 'Ein Mädchen' (A Girl) and 'Homöopathie!' (Homeopathy), including contact information for Visser, homöopath. Prakt.

Advertisement for 'Sozialdemokratischer Katechismus' (Social Democratic Catechism) by Ludwig Knorr, priced at 15 Pfennig.

Advertisement for 'Brot! Brot! Brot!' (Bread! Bread! Bread!) by Bernhard Hienzsch, located at Sudau, Klosterbergstraße 13.

Advertisement for 'Dankeagung' (Thanksgiving) by Martha, including contact information for Anton Dittbrich.

Advertisement for 'Rüchenspiegel der Handhaken-Schule des Damenstifts' (Mirror of the Needlework School of the Ladies' Convent).

Advertisement for 'Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker' (The new tariff community of the printers), priced at 10 Pfennig.

Advertisement for 'Rüchenspiegel der Magdeburger Volkshochschule' (Mirror of the Magdeburg People's University).

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) in Magdeburg, listing various services and contact information.